

# Austermann macht Ernst: Uniklinik vor dem Verkauf

## Wissenschaftsminister will Gutachtern folgen: Private sollen mit 50 Prozent einsteigen – Lübecker Mitarbeiter fürchten Job-Abbau

VON JULIA PAULAT  
UND MICHAEL HOLLINDE

**KIEL/LÜBECK** – Das Uniklinikum Schleswig-Holstein (UKSH) soll privatisiert werden. Wissenschaftsminister Dietrich Austermann (CDU) favorisiert einen bis zu 50-prozentigen Anteilsverkauf des Gesamtklinikums. Er stützt sich auf ein Gutachten der Unternehmensberatung „Deloitte & Touche“, das gestern vorgestellt wurde. Das Vergabeverfahren soll im nächsten Jahr beginnen.

„Damit steht das Land vor der großartigen Chance, einige hundert Millionen Euro in seine Medizin-Infrastruktur zu investieren – unter Beibehaltung des Einflusses der Landespolitik“, sagte Austermann. Hintergrund ist die prekäre Finanzlage des UKSH, das sich mit seinen 10 000 Mitarbeitern auf die Standorte Kiel (5500 Arbeitsplätze) und Lübeck (4500) verteilt. Das Klinikum drückt ein Investitionsstau von 500 Millionen

Euro. Der Schuldenberg ist auf 70 Millionen Euro angewachsen, weitere 20 Millionen kommen jährlich dazu.

Das Gutachten schlägt eine Holding vor, an der private Gesellschafter und das Land zu je 50 Prozent beteiligt sind. Dabei soll das Land die Stimmenmehrheit bei Forschung und Lehre behalten. Private dagegen die Mehrheit bei der Krankenversorgung. „Bei diesem Modell kann ein Erlös in dreistelliger Millionenhöhe erzielt werden, der Investitionen in die Forschungslandschaft Lübeck und einen Neu- und Umbau des Standortes Kiel ermöglicht“, sagte Austermann. Dem Vernehmen nach gibt es bereits 30 potenzielle Partner, darunter auch die Asklepios-Kliniken, die bereits in Bad Schwartau und Bad Oldesloe tätig sind.

Die Gutachter gehen davon aus, dass 350 Stellen abgebaut werden müssen. Seit der Fusion der Uniklinika Lübeck und Kiel vor drei Jahren wurden schon 500 Arbeits-

plätze abgebaut, wodurch nach Auskunft des UKSH-Vorstandes bereits ein Einspareffekt von 21 Millionen Euro erzielt werden konnte.

Entsprechend verunsichert reagierten die Klinik-Mitarbeiter, nachdem ihnen gestern

---

*„Das Land steht vor der großartigen Chance, einige hundert Millionen Euro in seine Medizin-Infrastruktur zu investieren – unter Beibehaltung des Einflusses der Landespolitik.“*

Minister Dietrich Austermann

---

in Lübeck die Ergebnisse des Gutachtens präsentiert worden waren. Dabei nutzte auch der UKSH-Vorstand die Gelegenheit, seinen Sanierungsplan – ohne Privatisierung – vorzustellen. „Das ist die Wahl zwischen Pest und Cho-

lera“, kommentierte Personalrat Burkhard Heinrich die Pläne. Das UKSH verlange von den Mitarbeitern Gehaltsverzicht, ein privater Betreiber würde Arbeitsplätze abbauen, so Heinrich.

Die SPD-Landtagsfraktion sieht eine Privatisierung von Teilen des Klinikums „außerordentlich kritisch“. Lübecks Bürgermeister Bernd Saxe (SPD) fürchtet, dass der Campus Lübeck zu einem „Betriebsteil unter anderen im UKSH degradiert wird“.

Der Komplettverkauf des Campus Lübeck ist für Austermann keine Option: „Kiel und Lübeck bleiben zusammen“, sagte er. Die Kliniken waren erst 2003 zusammengeführt worden. Die Fusion hat jedoch aus Sicht der Gutachter wenig gebracht. So seien Doppelstrukturen nur „geringfügig“ abgebaut, Synergien nur im Ansatz genutzt worden.

Ende November soll ein Beschlussvorschlag für das Kabinett präsentiert werden.

**Kommentar Seite 2 / Seite 3**